Schriften zum Internationalen Recht

Band 119

Der Durchgriff im Schiedsvertrag

Rechtsvergleichende Studie unter Berücksichtigung des französischen und des US-amerikanischen Rechts

Von

Christian Frank



Duncker & Humblot · Berlin

CHRISTIAN FRANK

Der Durchgriff im Schiedsvertrag

Schriften zum Internationalen Recht Band 119

Der Durchgriff im Schiedsvertrag

Rechtsvergleichende Studie unter Berücksichtigung des französischen und des US-amerikanischen Rechts

> Von Christian Frank



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Frank, Christian:

Der Durchgriff im Schiedsvertrag: rechtsvergleichende Studie unter Berücksichtigung des französischen und des US-amerikanischen Rechts / von Christian Frank. – Berlin: Duncker und Humblot, 2000 (Schriften zum Internationalen Recht; Bd. 119) Zugl.: München, Univ., Diss., 1999 ISBN 3-428-10042-5

Alle Rechte vorbehalten
© 2000 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme: Klaus-Dieter Voigt, Berlin
Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0720-7646 ISBN 3-428-10042-5

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier entsprechend ISO 9706 ⊖

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 1998/1999 als Inaugural-Dissertation bei der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München eingereicht. Nachfolgend veröffentlichte Entscheidungen und Literatur wurden bis zur Drucklegung noch vereinzelt berücksichtigt.

Das Thema der Arbeit wurde angeregt von meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Peter Schlosser. Hierfür sowie für seine Betreuung bei der Erstellung der Arbeit bin ich ihm zu Dank verpflichtet. Mein Dank gilt ebenfalls Herrn Prof. Dr. Bruno Rimmelspacher für die rasche Erstattung des Zweitberichtes und dem Institut für Internationales Recht der Ludwig-Maximilians-Universität München für die "Beherbergung" während der Erstellung der Arbeit.

Für das mühevolle Korrekturlesen danke ich meinem Bruder Andreas und der Kanzlei Wessing für die Gewährung eines Druckkostenzuschusses.

Mein ganz besonderer Dank gilt meiner Frau Susanne für ihre Geduld und Bereitschaft zur Diskussion aller inhaltlichen Fragen sowie für ihren Zuspruch und ihre liebevolle Unterstützung in sämtlichen Phasen der Arbeit.

Ich widme die Arbeit meinen Eltern.

München, im Juli 2000

Christian Frank

Inhaltsverzeichnis

	Einleitung	21
A.	Das Ausgangsproblem der Untersuchung	21
В.	Die Komplexität der aufgeworfenen Rechtsfragen	23
C.	Rechtfertigung einer rechtsvergleichenden Untersuchung	25
D.	Die Behandlung der Fragestellung in der folgenden Darstellung	26
	Erster Teil	
	Die rechtliche Ausgangslage in Deutschland	28
	Erstes Kapitel	
	Durchgriff in Deutschland	28
§ 1	Das Verständnis der juristischen Person	28
§ 2	2 Die Bestimmungen zur Gläubigersicherung außerhalb des Durchgriffs	31
§ 3	3 Die Unterscheidung von Zurechnungs- und Haftungsdurchgriff	32
§ 4	Der Haftungsdurchgriff	36
	A. Die Durchgriffstheorien	36
	I. Mißbrauchslehren	36
	II. Normanwendungslehren	37
	B. Die Fallgruppen	38
	I. Unterkapitalisierung	38
	II. Vermögensvermischung	40
	III. Sphärenvermischung	40
	IV. Institutsmißbrauch	41
§ 5	5 Das Konzernrecht	41
	A. Gesetzlich geregeltes Konzernrecht	41
	I. Konzernrechtliche Grundbegriffe	42
	II. Die drei Erscheinungsformen des AktG	43
	1. Die Eingliederung	43
	2. Der Vertragskonzern	43
	3. Der faktische Aktienkonzern	44

Inhaltsve	eichni
Inh	aitsverze

	B. Das Richterkonzernrecht	45
	I. Der einfache faktische GmbH-Konzern	46
	II. Der qualifizierte faktische GmbH-Konzern	47
	C. Zwischenergebnis	50
	Zweites Kapitel	
	Schiedsrecht in Deutschland	51
§ 1	Rechtsgrundlagen	51
§ 2	Die Schiedsvereinbarung	52
-	A. Allgemeine Wirksamkeitsvoraussetzungen	52
	B. Schiedsfähigkeit	56
	C. Wirkungen der Schiedsvereinbarung, insbesondere gegenüber Dritten	57
	D. Autonomie der Schiedsvereinbarung und kollisionsrechtliche Behand-	50
	lung	59
§ 3	Der Ablauf des Schiedsverfahrens	61
	A. Allgemeines	61
	B. Schiedsrichterliche Entscheidung über die eigene Zuständigkeit? C. Probleme mit mehreren Beteiligten	62 64
0.4		
§ 4	Der Schiedsspruch	66
§ 5	Gerichtliche Kontrolle der Schiedssprüche	66
	A. Anerkennung und Vollstreckbarkeit	66
	B. Aufhebungsverfahren	67
	Zweiter Teil	
	Durchgriff im Schiedsvertrag in Frankreich	69
	Erstes Kapitel	
	Gesellschafts- und Konzernrecht in Frankreich	69
§ 1	Überblick über die Gesellschaftsformen	69
	A. Die Personengesellschaften	71
	B. Die Kapitalgesellschaften	72
	I. Die société à responsabilité limitée	72
	II. Die société anonyme	73
§ 2	Konzernrechtliche Bestimmungen	75
	A. Der Konzernbegriff im Gesellschaftsrecht	78
	B. Die gesetzlichen Regelungen	79
	I. Die Begriffe der filiale, participation und contrôle	
	II. Die gesetzlichen Folgen der Verflechtung	81

	Inhaltsverzeichnis	9
§ 3	Der Durchgriff	82
	A. Die personne morale	83
	B. Der Durchgriff im allgemeinen	85
	I. Organhaftung der leitenden Personen	85
	II. Mißbrauch der Gesellschaftsform	88
	III. Einzelmißbrauch der personne morale	89
	C. Konzernspezifische Durchgriffstatbestände	89
	I. Der Grundsatz der Einzelverantwortung	89
	II. Die Ausnahmen des Durchgriffs	91
	1. Die Fälle der apparence	91
	2. Fassadengesellschaften	92
	3. Vermögensvermischung	93
	4. Erhebliche Einmischung in die Geschäftsführung	95
§ 4	Zwischenergebnis	96
	Zweites Kapitel	
	Schiedsrecht in Frankreich	96
§ 1	Entwicklung und Rechtsgrundlagen. A. Überblick über die Kodifikationen und die wichtigsten internationalen Verträge. B. Die Unterscheidung zwischen arbitrage interne und arbitrage international. C. Institutionelle Schiedsgerichtsbarkeit, insbesondere die IHK	96 98 98 100
§ 2	Die Schiedsvereinbarung	101
•	A. Allgemeine Wirksamkeitsvoraussetzungen I. Die Unterscheidung zwischen clause compromissoire und compromis im Bereich der arbitrage interne 1. Besonderheiten der clause compromissoire.	101 101
	2. Der compromis	
	II. Besonderheiten der arbitrage international	
	B. Schiedsfähigkeit	
	C. Wirkungen der Schiedsvereinbarung gegenüber Dritten	
	D. Autonomie der Schiedsvereinbarung und kollisionsrechtliche Behandlung	
8 2	Der Ablauf des Schiedsverfahrens	
8 2		
	A. Die Konstituierung des Schiedsgerichts	
	B. Schiedsrichterliche Entscheidung über die eigene Zuständigkeit?	
	C. Der Verfahrensablauf	
	I. Allgemeines	

§ 4	Der So	hiedsspruch	116
	A. Die	Grundsätze der arbitrage interne	116
	B. Bes	sonderheiten der arbitrage international	117
§ 5	Gerich	tliche Kontrolle von Schiedssprüchen	117
	A. An	erkennung und Vollstreckbarkeit	117
		chtsmittel	
	I.	Rechtsmittel im Bereich der arbitrage interne	118
		1. Rechtsmittel gegen den Schiedsspruch	118
		2. Rechtsmittel gegen die Vollstreckbarkeitserklärung	120
	II.	Rechtsmittel im Bereich der arbitrage international	120
		Drittes Kapitel	
		•	121
		Durchgriffsfälle aus Frankreich	121
§ 1		beruft sich gegenüber ursprünglicher Partei auf Schiedsvereinba-	
	_		122
		Ausdehnung befürwortende Entscheidungen – Der Fall Société	100
	Iso I.	ver-Saint-Gobain c/Sociétés Dow Chemical Der Schiedsspruch der IHK Paris Nr. 4131/1982	
	I. II.	Das Urteil der Cour d'appel Paris vom 21.10.1983	
		Ausdehnung ablehnende Entscheidungen	
	D. D.C	Der Schiedsspruch der IHK Paris Nr. 6519/1991	
	II.	Die Schiedssprüche IHK Nr. 6673/1992 und 7155/1993	
		•	12,
§ 2	-	ingliche Partei beruft sich gegenüber Dritten auf Schiedsvereinba-	128
	_	Ausdehnung befürwortende Entscheidungen	
	A. D.	Der Fall Orri c/Elf Aquitaine	
	1.	Die Entscheidung des Schiedsgerichts der IHK Paris Nr. 5730/	12)
		1988	130
		2. Das Urteil der Cour d'appel Paris vom 11.01.1990	131
		3. Das Urteil der Cour de cassation vom 11.06.1991	
	II.	Der Fall Société Kis France et autres c/Société Générale et autres	133
	III.	Société Sponsor A.B. c/Lestrade	
		Ausdehnung ablehnende Entscheidungen	
	I.	Der Fall Southern Pacific Prop. c/Republik Ägypten und EGOTH.	
		1. Die Entscheidung des Schiedsgerichts der IHK Nr. 3493/1983.	
		2. Das Urteil der Cour d'appel Paris vom 12.07.1984	
	IJ.	IHK Schiedsspruch Nr. 2138/1974	

	Inhaltsverzeichnis	11
§ 3	Analyse der Enscheidungen aus Frankreich A. Der Stil französischer Gerichtsentscheidungen B. Argumentationsanalyse der Entscheidungen. I. Das angewandte Recht II. Fälle der Ausdehnung zugunsten von Dritten 1. Die befürwortenden Entscheidungen 2. Die ablehnenden Entscheidungen III. Ausdehnung zu Lasten eines Dritten 1. Die befürwortenden Entscheidungen 2. Die ablehnenden Entscheidungen 1. Die befürwortenden Entscheidungen 2. Die ablehnenden Entscheidungen 1. Zwischenergebnis	142 145 145 146 146 147 148 148 150
	Dritter Teil	
	Durchgriff im Schiedsvertrag in den USA	155
	Erstes Kapitel	
	Gesellschafts- und Konzernrecht in den USA	155
§ 1	Überblick über Formen der Handelsgesellschaften	156
§ 2	Das Konzernrecht A. Die Entity Theory und die Single Enterprise Theory B. Die Regelungen im Hinblick auf Konzernsachverhalte I. Systematische Gruppierung II. Der Begriff der control als Anknüpfungspunkt	161 163 163
§ 3	Der Durchgriff A. Das dogmatische Verständnis der entity B. Die Durchgriffstheorien I. Die Instrumentality-Lehre II. Die Alter-Ego-Lehre III. Die Dominion-Agency-Lehre 1. Exkurs: Agency im allgemeinen 2. Agency als Durchgriffslehre. IV. Die Lehre von Sham or Shell Corporations. C. Die gerichtliche Praxis des Durchgriffs I. Voraussetzungen des Durchgriffs 1. Control/unity of ownership and interest a) Konzerninterne Abhängigkeit	168 171 172 173 174 174 176 178 179 180
	h) Auftreten nach außen	183

Inhaltsverzeichnis

	c) Nichterfüllung von Form- und Verfahrensvorschriften d) Unterkapitalisierung	
	2. Das nicht zu billigende Ergebnis	
	II. Die Reichweite des Durchgriffs	
§ 4	Zwischenergebnis	189
	Zweites Kapitel	
	Schiedsrecht in den USA	190
§ 1	Entwicklung und Rechtsgrundlagen	190
	A. Das Schiedsrecht des Bundes	192
	nalen Verträge	
	II. Der Anwendungsbereich des FAA	
	B. Einzelstaatliches Recht	
	I. Kodifikationen im Hinblick auf inneramerikanische Sachverhalte . II. Einzelstaatliche Gesetze zur internationalen Handelsschiedsge- richtsbedigit	
	richtsbarkeit	
§ 2	Die Schiedsvereinbarung	199
	A. Allgemeine Wirksamkeitsvoraussetzungen	
	B. Schiedsfähigkeit	
	C. Wirkung der Schiedsvereinbarung gegenüber Dritten	204
	D. Autonomie der Schiedsvereinbarung und kollisionsrechtliche Behand-	200
	lung	
§ 3	Der Ablauf des Schiedsverfahrens	209
	A. Frühzeitige Beteiligung der staatlichen Gerichte bei der Durchsetzung	
	von Schiedsverträgen	
	B. Das Schiedsgericht	
	C. Schiedsrichterliche Entscheidung über die eigene Kompetenz? D. Das Verfahren vor dem Schiedsgericht	
	I. Allgemeines	
	II. Probleme bei mehreren Parteien	
§ 4	Der Schiedsspruch.	
§ 5	•	
3 5	A. Anerkennung und Vollstreckung.	
	B. Rechtsmittel	
§ 6	Zwischenergebnis	226

Inhaltsverz	reich	nis
IIIIIIIIIIIIIIIIIIIIIIIIIIIIIIIIIIIIII	.01011	

13

Drittes Kapitel

			Durchgriffsfälle aus den USA	227
§ 1			nterzeichner beruft sich gegenüber Unterzeichner auf die Schiedsarung	228
			Ausdehnung befürwortende Entscheidungen	
	• • •	I.	Sam Reisfeld & Son Import Co. v. S.A. ETECO	
		II.	Sunkist Soft Drinks, Inc. v. Sunkist Growers, Inc	
		III.	Map Tankers, Inc. v. Mobil Tankers, Ltd	
			Carribean etc. v. Sonmez Denizcilik Ve Ticaret	
		V.	Interbras Cayman Co. v. Orient Victory SHPG. Co	232
	В.		Ausdehnung ablehnende Entscheidungen	
		I.	Continental U.K. Ltd. v. Anagel Confidence Compania	
		II.	Keystone Shipping Co. et al. v. Texport Oil Co	
		III.	McCarthy v. Azure	
§ 2	T 1-	***	eichner beruft sich gegenüber Nichtunterzeichner auf die Schieds-	
8 2			arung	238
			Ausdehnung befürwortende Entscheidungen	
		I.	Chilean Nitrate Sales Corp. v. The Nortuna	
		II.	Farkar Co. v. Hanson Disc, Ltd. and Hanson Co., Inc	
		III.	Oriental Commercial Shipping Co. Ltd. et al. v. Rousseel, N.V	
	В.		Ausdehnung ablehnende Entscheidungen	
		I.	Fisser v. International Bank	
		II.	Coastal States Trading, Inc. v. Zenith Navigation S.A	
		III.	Wren Distributors, Inc. et al. v. Phone-Mate, Inc.	
			Thomson-CSF, S.A. v. American Arbitration Association	
§ 3	Ar		entationsanalyse der amerikanischen Entscheidungen	
0 -		-	Stil amerikanischer Entscheidungen	
			Argumentationstechnik in den dargestellten Entscheidungen	
	٠.	I.	Ausdehnung der Schiedsvereinbarung zugunsten eines Nichtunter-	254
			zeichners	254
			1. Die befürwortenden Entscheidungen	254
			2. Die ablehnenden Entscheidungen	255
		II.	Ausdehnungen zu Lasten eines Nichtunterzeichners	256
			1. Die befürwortenden Entscheidungen	256
			2. Die ablehnenden Entscheidungen	258
		III.	Zwischenergebnis	259

Vierter Teil

	Rechtsvergleichung und Folgerungen für die Lage in Deutschland	261
	Erstes Kapitel	
	Ausdehnung der Schiedsvereinbarung zugunsten Dritter	262
§ 1	Ablehnung der meisten, die Ausdehnung annehmenden Begründungen aus den USA	262
	A. Ablehnung der Ausdehnung wegen der Einheitlichkeit des zugrundeliegenden Sachverhaltes	262
	B. Ablehnung der Ausdehnung auf der Grundlage eines vom herrschenden Unternehmen zu seinen Gunsten selbst herbeigeführten "Durchgriffs"	264
	C. Ablehnung der Ausdehnung auf der Grundlage des Institutes des undisclosed principal	
§ 2	Ablehnung der französischen théorie de groupe de sociétés	266
	A. Fragwürdigkeit des dogmatischen Ansatzes und der Grundlage der angeblichen Regel der lex mercatoria	
	B. Ablehnung der théorie de groupe de sociétés wegen fehlender innerer Rechtfertigung	268
§ 3	Lösungsmöglichkeiten im deutschen Recht	273
	A. Stellvertretungsrecht/Auslegung	274
	B. Gesetzliche Vertretung/Organschaft	275
	C. Vereinbarungen zugunsten Dritter	277
	D. Nachträglicher stillschweigender Vertragsbeitritt	279
	E. Rechtsscheinsgrundsätze und konzerntypische Abhängigkeitsverhält-	
	nisse	
	Zweites Kapitel	
	Ausdehnung der Schiedsvereinbarung zu Lasten Dritter	283
§ 1	Übertragbarkeit eines Teils der amerikanischen Entscheidungen	283
	A. Ablehnung der in Chilean Nitrate erfolgten Begründung des Durchgriffs	283
	B. Ablehnung des Durchgriffs wegen Mißachtung der corporate formalities	284
	C. Ablehnung der Ausdehnung auf der Grundlage des Instituts des undisclosed principal	284
	D. Weitgehende Übertragbarkeit der sonstigen Begründungen	

Inha	ltsverz	aich	nic

§ 2		
	ihres Ansatzes, Übertragbarkeit der Lösungen über allgemeine Rechts- institute	286
§ 3	A. Ablehnung des Modells von Holeweg. B. Lösungsmöglichkeiten durch bestehende Rechtsinstitute. I. Lösungen bei einem Auftreten des Dritten im Außenverhältnis. 1. Nachträglicher stillschweigender Vertragsbeitritt 2. Stellvertretungsrecht/Auslegung 3. Fälle des Rechtsscheins der Einheit II. Lösungen für Fälle, in welchen der Dritte im Hintergrund geblieben ist 1. Fälle von Vermögensvermischung. 2. Fälle der qualifiziert-materiellen Unterkapitalisierung 3. Fälle im Bereich des gesetzlichen Konzernrechts bzw. der Grundsätze über den qualifiziert faktischen Konzern	289 291 291 291 292 293 293 293
	Drittes Kapitel	
	Konsequenzen einer Ausdehnung für die Ernennung der Schiedsrichter	303
En	dergebnis	306
A.	Ablehnung der théorie de groupe de sociétés	306
В.	Ausdehnung des Schiedsvertrages zugunsten Dritter	308
C.	Ausdehnung des Schiedsvertrages zu Lasten Dritter	309
D.	Konsequenzen einer Ausdehnung für die Zusammensetzung des Schiedsgerichtes	311
	Literaturverzeichnis	312
	Stichwortverzeichnis	33

Abkürzungsverzeichnis

A.2d Atlantic Reporter, Second Series
AAA American Arbitration Association

AAA-Car American Arbitration Association - Commercial Arbitration

Rules

a.a.O am angegebenen Ort

Abs. Absatz

AcP Archiv für die civilistische Praxis

aff'd affirmed

AG Aktiengesellschaft

Ala. Alabama

Am.J.Comp.L. American Journal of Comparitive Law

Am. L.Rev. American Law Review

Anh. Anhang Anm. Anmerkung

App. Div. Appelate Division

Art. Artikel

AT Allgemeiner Teil
BB Betriebsberater

Bd. Band

BGH Bundesgerichtshof

BGHZ Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshof

in Zivilsachen

BT-Drucks. Bundestagsdrucksache

Bull.ASA Bulletin de l'Association Suisse de l'Arbitrage

Bull.civ. Bulletin des arrêts de la Cour de cassation rendues en matière

civile

Bull. Joly Bulletin Joly bzw. beziehungsweise

c/ contre

CA Cour d'appel

Cal.CCP California Code of Civil Procedure

Cal. L.Rev. California Law Review
Cal. Rptr. California Reporter

Cass.civ. Cour de cassation, chambre civil

Cass.com Cour de cassation, chambre commercial
Cass.req Cour de cassation, chambre des requetes

C.civ Code Civil

C.com. Code de Commerce

cert. den. certiorari denied cert. dism. certiorari dismissed

C.F.R.. Code of Federal Regulations

ch. chapter

Cir. Circuit Court
Conn. Connecticut

Col. L.Rev. Columbia Law Review

Corp. Corporation

CPC Code de Procédure Civil

Ct. Court

D. District

DB Der Betrieb

D.C. District Court

Del. Delaware

den. denied

dies. dieselbe/dieselben

D.P. Dalloz, Recueil Permanente

derselbe

D.S.

ders.

Recueil Dalloz Sirey

D.Rép.proc.civ. Dalloz Répertoire de procédure civile E.D.N.Y. Eastern District New York

EÜ Europäisches Übereinkommen

EuZW Zeitschrift für Europäisches Zivil- und Wirtschaftsrecht

FAA Federal Arbitration Act

Fasc. Fascicule
Fn Fußnote

FRCP Federal Rules of Civil Procedure

FS Festschrift

F.Supp. Federal Supplement,

Sammlung der Entscheidungen der erstinstanzlichen Bundesge-

richte

F.2d Federal Reporter, Second Series,

Sammlung der Entscheidungen der Court of Appeals des Bundes

F.3d Federal Reporter, Third Series,

Sammlung der Entscheidungen der Court of Appeals des Bundes

Gaz.Pal. Gazette du Palais GmbHR GmbH-Rundschau

GWB Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen

Harv. Int.L.J. Harvard International Law Journal

Harv. L.Rev. Harvard Law Review

HGB Handelsgesetzbuch
i.H.v. in Höhe von

Kan.

Ill. Illinois

ILM International Legal Materiels

Int'l Lawyer International Lawyer IPR Internationales Privatrecht

Iprax Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts

I.R. Informations rapidesJ Jurisprudence

JIA Journal of International Arbitration

JCP Juris Classeur Périodique, La semaine juridique

JCP éd. E Juris Classeur Périodique, La semaine juridique, édition économi-

que

JDI Journal du droit international JW Juristische Wochenschrift

Kansas

Kap. Kapitel
KG Kammergericht

KK Kölner Kommentar

KTS Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen

L.Ed.2d Lawyer's Edition, second series

L.Q.Rev. Law Quaterly Review

L.Rev. Law Review

LZ Leipziger Zeitschrift Mass. Massachusetts

Md. Maryland

MDR Monatszeitschrift für Deutsches Recht

Me Maine

MGL Massachussetts General Laws

Mich. L.Rev. Michigan Law Review
MüKo Münchner Kommentar
m. w. N. mit weiteren Nachweisen

NCPC Noveau Code de Procédure Civil

N.D. Northern District

NE North Eastern Reporter

NJW Neue Juristische Wochenschrift

NJW-RR Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungsreport

NYCPLR New York Civil Practice Law and Rules NYS 2d New York Supplement, Second Series

Obs. Observations
OLG Oberlandesgericht

P.2d Pacific Reporter, Second Series

Rabels Z Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privat-

recht

Req.cours Receuil des cours de l'académie de droit international de La

Haye

Rev.arb. Revue de l'arbitrage

Rev.crit. DIP Revue critique de droit international privé
Rev.int.dr.éco Revue de droit international économique

Rev.soc. Revue des sociétés RG Reichsgericht

RGZ Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen

RIW Recht der Internationalen Wirtschaft

RJDA Revue de Jurisprudence de Droit des Affaires
RMBCA Revised Modell Business Corporation Act

RTC civ. Revue Trimestrielle de Droit Civil
RTC com. Revue Trimestrielle de Droit Commercial
RULPA Revised Uniform Limited Partnership Act

RUPA Revised Uniform Partnership Act

RuP SG Recht und Praxis der Schiedsgerichtsbarkeit, halbjährliche Bei-

lage im Betriebsberater

Rz Randziffer

S.A. Société Anonyme

S.A.R.L. Société à Responsabilité Limitée

S.Ct. Supreme Court Reporter
S.D.N.Y. Southern District New York
SNC Société en Nom Collectif

str. streitig

S.W.2d South Western Reporter, Second Series

Tex. Texas

TGI Tribunal de grande instance
UAA Uniform Arbitation Act

U.Chi. L.Rev. The University of Chicago Law Review UCLA University of California Los Angeles

ULA Uniform Laws Annotated

ULPA Uniform Limited Partnership Act

UNCITRAL-MG United Nations Comission on International Trade Law Modellge-

setz

UNÜ UN-Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung

ausländischer Schiedssprüche vom 10.6.1

UPA Uniform Partnership Act

U.S. allein: United States; in Kombination mit voran- und nachgehen-

den Zahlen: United States Reports

USC United States Code

v. versus vgl. vergleiche

WM Wertpapiermitteilungen

YCA Yearbook of Commercial Arbitration
ZGR Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
ZIP Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

ZPO Zivilprozeßordnung

ZRP Zeitschrift für Rechtspolitik

ZSR Zeitschrift für schweizerisches Recht

ZVglRWiss Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft

ZZP Zeitschrift für den Zivilprozeß

ZZP Int Zeitschrift für den Zivilprozeß International

Einleitung

A. Das Ausgangsproblem der Untersuchung

Mit der Zunahme des Handels vor allem im internationalen Bereich ist auch die Bedeutung der Schiedsgerichtsbarkeit als Mittel zur Beilegung von Differenzen in den vergangenen Jahrzehnten gestiegen. Die Möglichkeit, Spezialisten aus den jeweiligen Fachbranchen als Schiedsrichter zu berufen, die Flexibilität in der Verfahrensgestaltung, die fehlende oder geringere Verankerung in einer bestimmten nationalen Rechtsordnung, der schnellere Abschluß des Verfahrens – diese und andere Unterschiede im Vergleich zu Verfahren vor staatlichen Gerichten lassen die Schiedsgerichtsbarkeit gerade für den internationalen Handel attraktiv erscheinen.

Angesichts dieser wachsenden Bedeutung für die Streitbeilegung im Bereich des internationalen Handels wurde in Deutschland jüngst das Schiedsrechts reformiert, um dieses modernen Bedürfnissen anzupassen. Die §§ 1025 ff. ZPO waren bis auf kleine kosmetische Korrekturen bislang noch im Zustand ihrer ersten Fassung beim Inkrafttreten der ZPO im Jahre 1877. Die jetzige Reform des Gesetzgebers belegt auch eine Veränderung seiner Haltung zur Schiedsgerichtsbarkeit: Die Auffassung, Schiedsgerichte seien "geduldete" Konkurrenz zu staatlichen Gerichten, scheint mehr und mehr zu verschwinden. In Zeiten knapper staatlicher Mittel kann die Schiedsgerichtsbarkeit ein Teil der Aufgaben der staatlichen Gerichte übernehmen, was zum gewünschten Effekt der Entlastung der Justiz führen kann.

Seine Tauglichkeit beweisen und Bedeutung ausbauen wird das Schiedsrecht allerdings nur dann, wenn hiermit auch "schwierige" Fälle zu meistern sind: Die vorliegende Arbeit wird sich mit einer der umstrittensten Rechtsfragen beschäftigen, der des Durchgriffs bei juristischen Personen. Bereits kurz nach der Einführung des Modells der juristischen Person sind in allen Rechtsordnungen immer wieder Fallkonstellationen aufgetaucht, in welchen die Frage aufgeworfen wurde, ob das Trennungsprinzip auch in der jeweiligen konkreten Situation aufrecht erhalten werden müsse bzw. könne, oder ob nicht ein Durchgriff auf die "wahren" Beteiligten gerechtfertigt oder gar notwendig sei.

Die Bedeutung des Modells der juristischen Person liegt in erster Linie darin, ein rechtlich eigenständiges Sondervermögen bilden und die Haftung

22 Einleitung

auf dieses beschränken zu können. Beide Merkmale haben dazu beigetragen, daß im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs in den westlichen Industrienationen seit dem Ende des zweiten Weltkrieges eine erhebliche Verflechtung von Unternehmen stattgefunden hat. Unter den Gesichtspunkten des Risikomanagements und der Steuerersparnis sind einheitliche Unternehmungen in verschiedene rechtlich selbständige Gesellschaften aufgeteilt worden. Durch mehrstufige Gesellschaften werden vor allem Haftungsebenen und damit auch Haftungsbeschränkungen vervielfacht, was zur Erhaltung und Sicherung des eingesetzten Kapitals dient. 2

Wie schon bei einstufigen Gesellschaften werden diese Risiken nur mit Blick auf die jeweilige Gesellschaft "beschränkt". Bei genauerer Betrachtung werden sie tatsächlich im gesetzlich zugelassenen Rahmen auf die Gläubiger dieser Gesellschaft verlagert. Insbesondere wenn diesen wegen unzureichender Mittel der Gesellschaft droht, ihre Ansprüche ganz oder teilweise nicht befriedigen zu können, werden sie versuchen, noch eine Zugriffsmöglichkeit auf das Vermögen des oder der Gesellschafter(s) zu erhalten, auch wenn dies zunächst nicht vereinbart war. Wurde mit dem eigentlichen Vertragspartner eine Schiedsvereinbarung geschlossen, werden die Gläubiger in derartigen Fällen unter Umständen versuchen, den oder die jeweiligen Gesellschafter bereits in das Schiedsverfahren miteinzubeziehen, um nicht ein zweites Verfahren führen zu müssen. Da der Schiedsvertrag im Regelfall allerdings allein für eine bestimmte Gesellschaft unterzeichnet worden ist, stellt sich die Frage der Ausdehnbarkeit der hieraus entstehenden Pflichten auf den oder die Gesellschafter oder sonstige verbundene Einheiten. Wohlwissend um die möglichen Konsequenzen aus der Teilnahme an diesem Schiedsverfahren wird sich jeder Nichtunterzeichner dem widersetzen und sich insbesondere darauf berufen, schon nicht Partei des Schiedsvertrages zu sein.

Ob Nichtunterzeichner hierzu in bestimmten Fällen dennoch gezwungen werden können, ist eine Frage des Durchgriffs im Schiedsvertrag. Diese

¹ Im Verlauf der Arbeit wird sich zeigen, daß die Verbindung dieser beiden Merkmale in den untersuchten Rechtsordnungen nicht zwangsläufig zu den dortigen, der juristischen Person entsprechenden Instituten gehört.

Das Merkmal der Haftungsbeschränkung ist gerade für wirtschaftliche Betätigungen von Bedeutung. Dort stehen hierzu verschiedene Modelle von Gesellschaften zur Verfügung, die mit einer juristischen Person ausgestattet sind. Der praktischen Bedeutung entsprechend wird sich die Darstellung daher auf die Probleme bei derartigen Gesellschaften konzentrieren, auch wenn die gleichen Fragen ebenso bei anderen juristischen Personen auftauchen können.

² Die Eigenständigkeit verschiedener Gesellschaften eröffnet zudem den Spielraum für zahllose Gestaltungsmöglichkeiten im steuerlichen Bereich, die der Steuervermeidung dienen. Darüber hinaus bietet die Errichtung breit angelegter horizontaler Konzerne Schutz vor konjunkturellen Schwankungen in Einzelbranchen.

Einleitung 23

Frage ist gerade im internationalen Handel von großer Bedeutung, da Schiedsverfahren dort als das sachgerechtere Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten betrachtet werden: Die anfangs erwähnten Vorteile der Möglichkeit, Experten aus den jeweiligen Fachbranchen als Schiedsrichter zu berufen, ein national "neutrales" oder ausgewogen gemischtes Schiedsgericht zusammenzustellen und zu einem schnellen Verfahrensabschluß zu gelangen, hat die Schiedsgerichtsbarkeit im internationalen Handel der Streitbeilegung vor nationalen Gerichten den Rang abgelaufen. Die Verweisung darauf, Gesellschafter in derartigen Fällen vor deren jeweiligem nationalen Heimatgericht verklagen zu können, stellt damit häufig keine gleichwertige Alternative dar.

Der Wunsch nach einer Ausdehnung des Schiedsvertrages kann allerdings auch von der anderen "Seite" her entstehen: Gerade wenn ein unter wirtschaftlicher Betrachtung einheitliches Unternehmen rechtlich in einen mehrgliedrigen Konzern eigenständiger Gesellschaften aufgegliedert worden ist, werden von den Verträgen, die eine dieser Gesellschaften mit Dritten abschließt, häufig auch andere Schwestergesellschaften oder das Mutterunternehmen berührt. Insbesondere wenn sie etwa mit den Erfüllungsleistungen eines Dritten in Kontakt kommen, können sie beispielsweise Schäden dadurch erleiden, daß dieser seine vertraglichen Pflichten nicht ordnungsgemäß erfüllt. War im zugrundeliegenden Vertrag eine Schiedsklausel enthalten, haben diese Konzerngesellschaften dann ein Interesse daran, an diesem Schiedsverfahren teilnehmen zu können. Dem wird sich der Dritte regelmäßig mit dem Argument widersetzen, daß diese weiteren Konzerngesellschaften nicht Partei der Schiedsvereinbarung seien, er ein solches folglich nur mit seinem unmittelbaren Vertragspartner durchführen müsse. Auch hier stellt sich die Frage, ob es Situationen gibt, in welchen eine derartige Ausdehnung gerechtfertigt ist.

B. Die Komplexität der aufgeworfenen Rechtsfragen

Die rechtliche Erfassung dieser Grundkonstellationen ist auf verschiedenen Ebenen des Schiedsvertrages möglich, die bei der Erarbeitung von Lösungen zu beachten sind:

- Ausgangspunkt ist hier zunächst die rein vertragliche Seite. Als konsensual begründete Quelle von Rechten und Pflichten gilt auch für den Schiedsvertrag der Grundsatz der Relativität der Vertragsbeziehung. Dieser wird durchbrochen, wenn Dritte an einen Schiedsvertrag gebunden werden oder hieraus Rechte ableiten können, ohne daß sie diesen selber unterzeichnet haben. Bevor man sich allerdings der Frage des Durchgriffs widmet, sind zunächst die Parteien des Schiedsvertrages genau zu bestimmen. Hierdurch eröffnen sich bereits Möglichkeiten, beispielsweise über